

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

Staatssekretärin

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Stefan Weber, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/7236

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

01.03.2022

**Gesetzentwurf zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Landesverwaltungs-
gesetzes (Drs. 19/3427);
Änderungsbedarf der Regelung zum Inkrafttreten des Gesetzes in Artikel 3 und der
Zitierweise des Investitionsbankgesetzes in Artikel 1**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der o.g. Gesetzentwurf sieht in Artikel 3 vor, dass das Gesetz zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Landesverwaltungsgesetzes am Tag nach seiner Verkündung in Kraft treten soll. Sofern der Landtag in der 2. Lesung des Gesetzentwurfs, die voraussichtlich im Zeitraum vom 23.03.2022 bis zum 25.03.2022 vorgesehen ist, das Änderungsgesetz beschließen sollte, könnte dieses am 14.04.2022 im GVOBl. Schl.-H. verkündet werden und am 15.04.2022 in Kraft treten.

Für das Land und die IB.SH ergeben sich einige zeitliche Herausforderungen bei der Umsetzung der Neuregelung zur Zusammensetzung und Bildung des Verwaltungsrates der IB.SH gemäß Artikel 1, Ziffer 5, Buchstabe c) des Änderungsgesetzes.

Aufgrund der Änderungen im Investitionsbankgesetz müsste der Verwaltungsrat der IB.SH neu aufgestellt werden, da dieser von zwölf auf acht Mitglieder verkleinert wird. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass als Folge der Landtagswahl Mandate neu zu besetzen sind. Die nächste Verwaltungsratssitzung der IB.SH nach dem Inkrafttreten des Änderungsgesetzes ist für den 02.06.2022 vorgesehen, damit der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2021 auf Empfehlung des Verwaltungsrates festgestellt werden kann. Bis dahin müssten daher die sechs Vertreterinnen bzw. Vertreter des Landes im Verwaltungsrat der IB.SH per Kabinettsbeschluss neu bestellt worden sein.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die IB.SH bei Neubestellungen von Verwaltungsratsmitgliedern eine umfassende Eignungsprüfung aller zukünftiger Verwaltungsratsmitglieder gemäß den Regelungen der seit ab 01.01.2022 geltenden Eignungsrichtlinie der IB.SH vornehmen muss. Diese Eignungsprüfung der neuen Verwaltungsratsmitglieder, die der Bestellung im Kabinett vorgeschaltet ist, gestaltet sich zeit- und arbeitsintensiv, da die Fragestellungen zur persönlichen und fachlichen Eignung sehr ausdifferenziert sind. Es wäre daher nicht sichergestellt, dass bis zur Verwaltungsratssitzung der IB.SH Anfang Juni rechtzeitig ein neuer Verwaltungsrat bestellt werden könnte. Hierbei ist zudem zu berücksichtigen, dass die Unterlagen für die Verwaltungsratssitzung satzungskonform mit einer Frist von vierzehn Tagen Vorlauf zugeleitet werden müssen.

Es wäre darüber hinaus nicht sinnvoll, wenn ein neu gebildeter Verwaltungsrat über den Jahresabschluss 2021 beraten und eine Beschlussempfehlung zum Jahresabschluss sowie zur Gewinnverwendung an die Gewährträgerversammlung geben würde, ohne das Geschäftsjahr 2021 mit seinen besonderen Herausforderungen im Kontext der Corona-Pandemie zu kennen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen Finanzministerium und IB.SH, die Regelung in Artikel 3 zum Inkrafttreten des Gesetzes dahingehend zu ändern, dass Artikel 1, Ziffer 5, Buchstabe c) des Änderungsgesetzes über die Zusammensetzung und Bildung des Verwaltungsrates (§ 11 Absätze 3 und 4 IBG n.F.) nicht, wie in Artikel 3 geregelt, am Tag nach Verkündung des Gesetzes in Kraft tritt, sondern davon abweichend erst am 01.07.2022.

Somit könnte der Verwaltungsrat bis zum 30.06.2022 in seiner aktuellen Besetzung mit zwölf Mitgliedern bestehen bleiben und die erforderlichen Beschlüsse fassen, die nach dem Investitionsbankgesetz in der ab dem 15.04.2022 geltenden Fassung in seinen Zuständigkeitsbereich fallen (vgl. § 11 Abs. 6 IBG n.F.).

Mit diesem Vorschlag wäre insbesondere eine ordnungsgemäße Durchführung der Verwaltungsratssitzung der IB.SH in der bisherigen Zusammensetzung Anfang Juni 2022 gewährleistet. Das Land und die IB.SH hätten mehr Zeit für die Verfahren zur Auswahl, Eignungsprüfung und Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter des Landes im Verwaltungsrat der IB.SH, um bis zur Verwaltungsratssitzung am 06.09.2022 einen auf acht Mitglieder verkleinerten Verwaltungsrat gemäß der ab 01.07.2022 geltenden Neuregelung einzurichten.

Artikel 3 wäre wie folgt durch Anfügen eines Satzes 2 zu ändern:

„Hiervon abweichend treten die Regelungen in Artikel 1, Ziffer 5, Buchstabe c) über die Zusammensetzung und Bildung des Verwaltungsrates der Investitionsbank Schleswig-Holstein am 1. Juli 2022 in Kraft.“

Im Weiteren ist ein redaktioneller Fehler in der Zitierweise des Investitionsbankgesetzes in der Eingangsformel des Artikel 1 aufgefallen, der zu korrigieren ist. Hier müsste vor dem Einsetzungsbefehl in der eckigen Klammer noch das Wort „zuletzt“ ergänzt werden, da das Investitionsbankgesetz seit dem 7. Mai 2003 bereits mehrfach geändert wurde, zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. Dezember 2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 1349).

Die Zitierweise des Investitionsbankgesetzes in der Eingangsformel des Artikel 1 wäre wie folgt zu ändern:

Nach dem ersten Komma und vor dem Wort „geändert“ ist das Wort „zuletzt“ einzufügen.

Ich bitte den Finanzausschuss, die vorgeschlagenen Änderungen in seiner Beschlussempfehlung an den Landtag zu berücksichtigen. Beide Änderungsvorschläge wurden mit der IB.SH abgestimmt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Silke Torp